



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Stellv. Vorsitzender Fraktion GRÜNE, verkehrspolit. Sprecher

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

Stuttgart, den 17. Oktober 2006

Pressemitteilung

Grüne kritisieren geplante Umstellung von Gas auf Braunkohle als Brennstoff im Asphaltmischwerk Nehren

Das Asphaltmischwerk Nehren plant von Gas als Brennstoff auf Braunkohlestaub umzustellen. Ein erster immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsantrag wurde zwar wegen fehlerhafter Unterlagen Mitte September wieder zurückgezogen, der Antragsteller hat aber eine Überarbeitung und erneute Einreichung des Genehmigungsantrags angekündigt.

Franz Untersteller, umweltpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag: „In Zeiten des immer deutlich sichtbarereren Klimawandels und öffentlicher Debatten zur Reduzierung von Feinstaub erscheint das Vorhaben des Asphaltmischwerks geradezu absurd. Anstelle einer ökologischen Modernisierung weg von Braunkohle als Brennstoff plant das Unternehmen eine gegenteilige Entwicklung, die Rückkehr ins Kohlezeitalter.“

Untersteller und der Tübinger Wahlkreisabgeordnete Boris Palmer machen deutlich, dass eine derartige Umstellung eine Erhöhung der CO₂-, Feinstaub- und der Stickoxid- Emissionen zur Folge hätte. Untersteller: „Eine Genehmigung seitens der Landesregierung für solche Vorhaben steht nicht nur dem Klimaschutz diametral gegenüber, sondern verletzt auch die Luftreinhalteplanung, ein erklärtes Ziel des Umweltplans.“

In einem Antrag fordern die beiden Abgeordneten die Landesregierung auf, auf das Unternehmen einzuwirken, mit dem Ziel, dass das Asphaltmischwerk Nehren Abstand von der geplanten Umrüstung nimmt. Palmer: „Maßnahmen wie diese gehen zu Lasten der Bevölkerung und der Natur im Raum Tübingen. Die Anzahl der zulässigen Überschreitungen des Grenzwertes bei Feinstaub ist in Tübingen schon jetzt weit überschritten. Bei Feinstaub spielt jedoch der so genannte regionale Hintergrund eine zentrale Rolle. Aufgabe der Politik ist es, Maßnahmen zu ergreifen, die diesen reduzieren. Setzt das Asphaltmischwerk seine Pläne um, bedeutet dies einen herben Rückschlag für die Reduzierung des Feinstaubes und damit des Gesundheitsschutzes der Bürgerinnen und Bürger.“